

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 04.05.2009

Verbesserung der länderübergreifenden Zusammenarbeit beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit muss über die Grenzen der Bundesländer geführt werden. Dabei ist eine intensive länderübergreifende Zusammenarbeit einschließlich eines intensiven Erkenntnisaustausches mit allen an Niedersachsen angrenzenden Bundesländern, insbesondere mit Sachsen-Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg notwendig.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus erforderlichen Maßnahmen, Initiativen und Projekte im Sinne einer zielorientierten Herangehensweise länderübergreifend zu vernetzen, zu koordinieren und finanziell abzusichern, um somit die notwendigen Synergieeffekte zu erzielen. Hierfür sind angemessene organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen erforderlich und einzurichten.
- die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen über Landesgrenzen zu verbessern und auszubauen. Vertreter von Polizei und Ordnungsbehörden der benachbarten Bundesländer müssen eng miteinander kooperieren. Voraussetzung hierfür ist ein gemeinsamer Wissensstand. Dazu finden regelmäßig gemeinsame Treffen der zuständigen Behörden zum gegenseitigen Informationsaustausch statt, bei denen aktuelle Ereignisse, Entwicklungen und Kooperationen der Neonazi-Szene besprochen werden.

Das schließt eine schnelle länderübergreifende Kommunikation zwischen Behörden und Polizeidienststellen ein, damit Informationen auch zügig über Landesgrenzen hinweg weitergegeben werden können, um der Polizei gegebenenfalls ein zeitnahes Eingreifen zu ermöglichen.

- die länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei sowohl anlassbezogen, bei Veranstaltungen mit wechselnden Örtlichkeiten, als auch bei länderübergreifenden Strukturen der rechtsextremistischen Szene zu intensivieren.
- den Aufklärungs- und Verfolgungsdruck durch Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechtsextremistischen Straftaten weiter zu erhöhen. Denkbar ist die Bildung von „Mobilen Sondereinheiten“, die insbesondere an Wochenenden bekannte Treffpunkte der rechtsextremen Szene aufsuchen, um so einerseits diese Gruppierungen zu verunsichern und andererseits auf kürzestem Weg die Möglichkeit zu erhalten, Informationen auszutauschen und entsprechende Maßnahmen schnellstmöglich zu ergreifen.
- dafür Sorge zu tragen, dass länderübergreifend die Polizei mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort (z. B. Präventionsräte) in den Austausch tritt, um mögliche Brennpunkte in einzelnen Kommunen zu analysieren und gemeinsam darauf zu reagieren. Konkretes ortsbezogenes und zielgruppenorientiertes Vorgehen der Polizei (insbesondere auch länderübergreifend) im Bereich der Präventionsarbeit ist zu intensivieren.

- die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund auszubauen. Dabei muss eine gemeinsame Strategie der beteiligten Landesregierungen entwickelt werden.

Der Landtag ist regelmäßig über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Begründung

Die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen über die Grenzen von Bundesländern hinweg verläuft eher mangelhaft. Einer bundesweiten Vernetzung von Neonazis kann nicht konsequent begegnet werden, wenn die Arbeit der zuständigen Behörden an den Ländergrenzen endet.

Wie bewusst Neonazis mit diesen Mängeln arbeiten, zeigt sich daran, dass Veranstaltungen wie beispielsweise Rechtsrockkonzerte von vornherein mit Alternativstandorten geplant werden. So ist es üblich, dass Veranstaltungen, sollten sie von der Polizei aufgelöst oder auf sonstige Weise verhindert worden sein, sofort umverlegt werden können. Oft geschieht das in angrenzende Bundesländer, da die dortigen Behörden häufig nicht darauf vorbereitet sind und somit auch nicht schnell genug darauf reagieren können.

Erst im November vergangenen Jahres wurde ein in Stadthagen (Niedersachsen) geplantes Rechtsrockkonzert kurzerhand in das sachsen-anhaltische Harbke (Sachsen-Anhalt) verlegt. Die dortige Polizei erfuhr erst am Tag der Veranstaltung von ihren niedersächsischen Kollegen von der Verlegung der Veranstaltung und war somit nahezu handlungsunfähig. Das Konzert, bei dem einschlägige Bands aus ganz Europa auftraten, wurde von mehreren Hundert Gästen aus dem gesamten Bundesgebiet besucht. Beispiele wie dieses gibt es in ganz Deutschland und sie zeigen zum einen, dass die Verlegung von Veranstaltungen über Landesgrenzen hinweg einer klaren Strategie folgt, und es zeigt ebenfalls die mangelnde Kooperation staatlicher Institutionen.

Weiter ist seit Längerem zu beobachten, dass vor allem im südöstlichen Niedersachsen eine zunehmende Verfestigung rechtsextremer Strukturen zu erkennen ist. Im Süd-Harz gibt es immer wieder Schlagzeilen über Aktivitäten von Neonazis. Zahlreiche Waffenfunde bei Hausdurchsuchungen bei führenden Neonazis Ende 2008 zeigen auf, dass die Situation bedrohlich ist. Die dortige Neonaziszene ist eng mit der Szene im angrenzenden Sachsen-Anhalt vernetzt. Antworten auf parlamentarische Anfragen in Sachsen-Anhalt und auch Niedersachsen belegen das. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit einschließlich eines intensiven Erkenntnisaustausches der jeweiligen Bundesländer ist deshalb dringend erforderlich.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin